

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 6. Sitzung vom 19. Februar.

12 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Fürst Bismarck, von Bülow, v. Camphausen, Falk, v. Kameke, Hofmann, v. Mittnacht u. s. w. Die Tribünen sind überfüllt.

Das Haus hat eines seiner Mitglieder, den Abg. v. Djalowski, Vertreter des 4. Danziger Wahlkreises, durch den Tod verloren. Sein Andenken wird in der üblichen Weise geehrt.

Nachdem der Gesetzentwurf, betr. die Aufnahme einer Anleihe von 77,504,465 M. für Zwecke der Post-, Telegraphen-, Marineverwaltung, des Reichsbeeres und der Münzreform auf Antrag Gumbrecht's an die Budgetcommission verwiesen worden, wird die Interpellation der Abgeordneten von Bennigsen, Hänel, Löwe, Lucius und Uhden verlesen:

Im Anschluß an die Thronrede erlauben wir uns an den Herrn Reichskanzler die Frage zu stellen:

Wird der Herr Reichskanzler und an welchem Tage dem Reichstage über die politische Lage im Oriente und über die hierbei von der Regierung des Deutschen Reichs entgegenkommene und einzunehmende Haltung Mitteilung gemacht?

Der Reichskanzler Fürst Bismarck erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. von Bennigsen: M. H. Als E. Majestät der Kaiser am 22. Febr. v. J. den letzten Reichstag eröffnete, waren die Konferenzen in Konstantinopel gescheitert durch die Ablehnung der Vorschläge der europäischen Mächte durch die Türkei. Am Schluß seiner damaligen Thronrede sagte der Kaiser mit Bezug auf diese Verhältnisse:

Wenn die Erwartungen unerfüllt bleiben sollten, welche in dieser Beziehung sich an Verhandlungen der Pforte und Montenegro knüpfen, so wird meine Regierung wie bisher so auch ferner bemüht sein, in einer Frage, in welcher die deutschen Interessen für eine bestimmte Linie des Verhaltens nicht vorschreiben, ihren Einfluß zum Schutze der Christen in der Türkei und zur Wahrung des europäischen Friedens, insbesondere aber zur Erhaltung und Befestigung ihrer eigenen guten Beziehungen zu den ihr verbündeten und befreundeten Regierungen aufzuwenden. Zu diesem friedlichen Werke rechne ich vertrauensvoll auf Gottes Segen.

Das schon damals gefährdete Verhältnis zwischen Rußland und der Türkei hat zu einem Kriege geführt, der bis dahin isolirt geblieben ist, wie wir Vertreter im deutschen Reichstage mit Genugthuung anerkennen dürfen, wesentlich auch durch den Einfluß Deutschlands. In dieser Hinsicht hat die Thronrede, mit welcher am 6. D. der jetzige Reichstag eröffnet wurde, sich in einer durchaus befriedigenden Weise ausgesprochen. Es ist in derselben darauf hingewiesen, daß „die verhältnismäßig geringere Beteiligung der Interessen Deutschlands im Oriente gestattet, für die Politik des Reiches eine uneigennützig wirkende Mitwirkung an der Verständigung beteiligter Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der Wirren im Oriente und zu Gunsten der christlichen Bevölkerung“. „Inzwischen hat“, wie die Thronrede fortführt, „die von E. Majestät dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insofern erreichen können, als sie wesentlich dazu mitgewirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten erhalten worden ist und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durch aus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden.“

M. H., da der Herr Reichskanzler sich bereit erklärt hat, schon heute unsere Interpellation zu beantworten, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß im Momente die Lage, trotz der alarmierenden Gerüchte der vorigen Woche, nicht mehr so gespannt und weniger unmittelbar gefährdend ist, als sie noch vor 8 Tagen schien. M. H., daß der verfallene Reichstag den dringenden Wunsch hegen muß, daß ihm seitens der deutschen Regierung Mitteilung über die Lage im Oriente und über die Haltung der deutschen Politik zu derselben gemacht werde, ist gewiß ein natürliches und berechtigtes Verlangen für einen so großen Körper, die Vertretung einer Nation.

Wir Interpellanten haben selbstverständlich, indem wir diese Interpellation einbringen, welche beiläufig bemerkt, zunächst weniger von meinen eigenen politischen Freunden, als von anderen Parteien angeregt worden ist, wir haben selbstverständlich Mitteilungen nur insofern beanprucht, als sie im Augenblicke ohne Gefährdung des Friedens und ohne Verletzung deutscher Interessen dem Reichskanzler möglich sind. M. H., wenn die wechselnde Lage der letzten Wochen immerhin in diesen Tagen weniger gespannt erscheinen mag, namentlich dem Fernerstehenden als noch vor 8 oder 14 Tagen, so ist es gewiß immerhin schwierig genug, schwierig und verantwortl. namentlich auch für die Leitung der deutschen Politik, aber auch für den Reichstag, der in seiner großen Mehrheit seit einflusslos ist, die bewährte Leitung der deutschen Politik in ihrer friedliebenden, maßvollen und sichern Haltung auf das Entschiedenste zu unterstützen. (Bravo!)

Auch die Stellung des Reichstages und die Haltung desselben zu diesen Verwirrungen im Oriente ist keineswegs ohne Verantwortlichkeit. M. H., in den beiden von mir erwähnten Thronreden ist mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland an den Vorgängen im Oriente weniger unmittelbar beteiligt sei, als andere europäische Mächte. Wir, m. H., wir haben ja allerdings ein unmittelbares Interesse in Deutschland auch daran, daß die Freiheit des Handels und der Schifffahrt im Schwarzen Meere erhalten bleibt. Im Uebrigen sind alle die Beziehungen, die für Deutschland in den Verhältnissen im Oriente bestehen, die Verwickelungen, die daraus hervorgehen können, weit mehr indirecte wie direct; durch den Fortgang von Bewidlungen, durch die Kriege, welche aus den orientalischen Wirren unter anderen europäischen Mächten entstehen können, können wir allerdings und müssen es befragen, daß mit der Zeit auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen wird. An der Erhaltung des Friedens unter den europäischen Mächten, trotz dieser orientalischen Wirren, haben wir ein sehr starkes Interesse, insofern mittelbar auch ein starkes Interesse an der richtigen und dauernden Regelung der Dinge im Oriente.

Nicht minder haben wir ein Interesse daran, daß die glückliche Entwicklung der europäischen Verhältnisse und die Stellung der einzelnen Mächte zu einander, speciell die Stellung Deutschlands in seinen friedlichen Beziehungen zu den übrigen europäischen Mächten seit dem französischen Kriege nicht wesentlich alterirt werde. Unsere Politik ist seitdem mehr und mehr anerkannt auch von den anderen Mächten eine durchaus friedliebende gewesen. Den Frieden aufrecht zu erhalten ist uns gelungen seit dem französischen Kriege. Wesentlich ist es uns gelungen durch das Dreikaiserbündnis, die Stellung, welche Deutschland in demselben einnimmt und den Einfluß, welchen das Dreikaiserbündnis für die Erhaltung des Friedens in Europa ausgeübt hat. Wir können im Ganzen gewiß nur wünschen, ich glaube, daß es auch die Auffassung der großen Mehrzahl der Vertreter des Reichstages ist, daß im Wesentlichen dieses Verhältnis nicht alterirt aus den orientalischen Wirren und deren endlicher Lösung hervorgehe. Vor allen Dingen möchte ich hinzufügen, haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und es würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Dinge im Oriente, die friedliche oder kriegerische Lösung dieser Dinge die Interessen Oesterreichs wesentlich alterirt und schädigt (Hört! Bravo!), zu einer erheblichen Schwächung von Oesterreich führe. (Sehr gut!)

M. H., der wechselvolle Verlauf des Krieges zwischen Rußland und der Türkei hat ja die Gefahr zu verschiedenen Malen nahe gerückt, daß aus diesem isolirten Kriege zwischen einer europäischen und einer nur zum Theil europäischen Macht weitere Verwickelungen und Kriege zwischen europäischen Mächten selbst hervorgehen könnten. Die Gefahr ist in sehr verschiedener Weise hervorgetreten und auch die Besorgnisse, welche sich an den Gang der Dinge in Deutschland selbst knüpfen. Als im Beginne und im ersten Verlauf des Krieges trotz der größten Anstrengungen russischerseits die Verluste sich mehrt, als selbst erhebliche Niederlagen eintreten, große entscheidende Erfolge fast hoffnungslos erschienen, da lag die Gefahr vor und die Besorgnis war auch in Deutschland nicht gering, daß gerade durch eine starke Ermattung und Schwächung des großen russischen Reiches trotz dieser unerhörten Anstrengungen eine sehr veränderte Position Rußlands und seiner Stellung

im Dreikaiserbündnis zu ändern europäischer Mächte die Folge sein kann. — Wäre das eingetreten, so wäre voraussichtlich Deutschland in ganz neue Combinationen hineingezogen oder gedrängt worden. Die Gefahr dafür war gewiß nicht gering, und ob wir in einer so veränderten Lage unsere eigenen Interessen und den Frieden so sicher erhalten können, als bis dahin geschehen war, während des Bestandes einer starken russischen Macht, dürfte mindestens sehr zweifelhaft sein. Die etwaigen Besorgnisse, die in dieser Richtung in Deutschland hervorgerufen sind, sind nun allerdings seit dem Fall von Plewna wesentlich beseitigt. Durch den Fall von Plewna, die energische, rasche und glänzende Ausnutzung dieses Erfolges, ist die ganze Situation wie mit einem Schlage verändert. Und wenn wir jetzt die Besorgnisse in Deutschland haben, für die Folgen dieses Krieges, für die Verwickelung Rußlands mit anderen Mächten, für die Bedrohung auf unsere Sicherheit, wenigstens der jetzigen gesicherten Stellung Deutschlands, so liegt diese Sorge jetzt auf ganz entgegengesetztem Gebiete (Hört! Hört! Sehr gut!), daß nämlich Rußland im Gefühle seiner außerordentlichen Anstrengungen, in dem Gefühle des unerwarteten, wunderbaren Umschlages der Geschichte des Krieges nach der vollständigen militärischen Niederwerfung der Türkei, gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Oesterreich-Ungarns und gegenüber der isolirten Stellung Englands, Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eigenen Interessen berechnete Verlangen, tief eingreifend und verlegend für die legitimen Interessen anderer Staaten. Ob diese Gefahr ganz vorüber ist, wer mag das zu sagen wagen. Wir, meine Herren, wir können wünschen, daß die Einfachheit in der richtigen Verhältnisse, in die eigenen Kräfte und der Kräfte anderer Staaten, der wirklichen und dauernden eigenen Interessen und der ebenjo begründeten dauernden Interessen anderer Länder Rußland bewegen würde und berechtigt, die Stellung und das Interesse anderer europäischer Staaten wahrhaft bedenkende Forderungen nicht zu erheben, trotz dieser glänzenden Erfolge.

M. H., daß ein so mächtiges Reich wie Rußland nach solchen Anstrengungen, nach so schweren finanziellen und militärischen Opfern, nach solchen Menschenverlusten, mit Erfolg als Sieger aus einem solchen Kampfe hervorgehen will, ist etwas so menschliches, so natürliches, historisch begründetes, daß Niemand in der Richtung berechtigter Ansprüche Rußlands würde ablehnen können, Ansprüche, welche vermuthlich auch nicht allein auf die Besserung der Lage der christlichen Bevölkerungen in der Türkei sich beschränken können. Es ist denkbar, daß es auch noch andere Forderungen und Erfolge der russischen Politik geben kann, abgesehen von diesem Verlangen einer endlichen Regelung und Besserung der Verhältnisse der christlichen Unterthanen, welche in mancher Hinsicht vielleicht unerwünscht, aber doch nicht so eingreifend und verlegend für die Interessen der anderen europäischen Staaten sein können, daß aus ihnen notwendig ernsthaftere Verwickelungen und der Krieg hervorgehen müßte. M. H., welche Linie die russische Politik in dieser Hinsicht einhalten wird, das vermag ich am allerwenigsten in diesem Moment zu beurtheilen. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß auch die Erwägung bei den Leitern der russischen Politik nicht verloren gehen wird, daß dort alle Chancen eines neuen Krieges, neuer Verwickelungen, durch etwa übermäßige Ansprüche Rußlands hervorgerufen, auch das in Gefahr stehen könnten, was jetzt von Rußland erreicht ist und gesichert werden kann. (Sehr richtig! Sehr wahr!)

M. H., die deutsche Politik hat gewiß keine leichte Aufgabe. Der Herr Reichskanzler, in dessen Hand die bewährte Leitung dieser Politik jetzt schon seit Jahren gelegen hat, wird aber gewiß auf die volle Unterstützung des Reichstages auch im Weitergange, auch bei den Verhandlungen über die Orientfrage mit Sicherheit rechnen können jetzt und in Zukunft.

M. H., als die deutsche Macht in Folge des Krieges von 1866 und noch mehr in Folge des Krieges von 1870/71 sich in Europa neu etabliert hatte, da war ja die vorhergegangene erfolgreiche militärische Leistung eine so überwältigende, daß in der That damals sehr ernste Besorgnisse an ein Uebergreifen der deutschen Politik auf Grund dieses Erfolges bei großen und kleinen Staaten in Europa sich gezeigt haben. Die Art und Weise, wie aber seit dem französischen Kriege die deutsche Politik geleitet ist, hat mit jedem Jahre mehr das Vertrauen zu der Friedensliebe und der maßvollen Haltung dieser Politik erhöht. (Bravo! Sehr gut!)

M. H., weshalb sollten wir in Deutschland in der centralen gefährlichen Lage nicht auch vor allen anderen Mächten die Erhaltung des Friedens wünschen, nachdem das, was in unserer europäischen Stellung für Deutschland notwendig ist, durch den Krieg mit Frankreich definitiv erreicht worden ist? Wo kann selbst ein siegreicher Krieg, den wir allein oder mit Verbündeten führen, uns noch einen Nachzuzuwachs, einen Gebietszuwachs zuführen, der für uns nicht mehr eine Verlegenheit, wie ein Gewinn sein würde? (Zustimmung von allen Seiten des Hauses.) Für uns ist eine friedliche Politik durch die ganze Stellung, wie wir sie erworben haben, ausreichend auch für den weitgehendsten Ehrgeiz einer großen Nation (Bravo! Sehr richtig!) — für die ganze Lage, in welcher wir uns in Europa befinden; so entscheidend, daß eben in unseren Interessen von anderer Seite eingegriffen werden muß. Wir haben keinen Grund, die Initiative zu Kriegen zu ergreifen; am wenigsten etwa auf Grundlage von allerlei Combinationen, wie sie jetzt seit Monaten auch wieder durch die europäische Presse schwirren, wegen Veränderungen nicht bloß im Oriente. M. H., wir sind in Deutschland in einer Lage, wo die Defensivität, umgeben von anderen starken Militärstaaten, die größte Anspannung unserer Volksträfte erfordert.

Wir fragen diese Last, so schwer wie sie ist; wir werden sie noch für lange Zeit tragen müssen, so lange die Zustände in Europa nicht ganz wesentlich sich ändern sollten, was Niemand für eine berechenbare Zeit erwarten kann; wir müssen diese Last tragen, obwohl der Reichtum in Deutschland nicht in dem Maße entwickelt ist, als er in Frankreich und England schon seit mehreren Menschenaltern entwickelt war. Wir tragen diese Last als eine Nothwendigkeit, eine Pflicht, um die Stellung zu verteidigen, die wir uns erkämpft haben, die berechnete Stellung Deutschlands in Europa, zur Sicherung unserer eigenen Interessen. Wenn wir sie fragen, dann wird aber die Pflicht erleichtert wesentlich auch durch die Empfindung, daß diese militärische Macht Deutschlands so stark ist, daß sie auch geeignet erscheint, den Frieden im übrigen Europa zu erhalten, auch da, wo unser Interesse nicht unmittelbar bedroht ist, und uns zu bewahren vor gefährlichen Combinationen, die aus den Kriegen anderer europäischer Mächte hervorgehen können, für eine spätere Zukunft uns zu bewahren vor der Hereinziehung in solche Kriege, wenn sie längere Dauer haben sollten. Die Rolle, welche dadurch Deutschland gegeben ist, dem mächtigsten, militärisch-mächtigsten Staate auf dem Continente, ist ja gewiß eine verantwortliche und gefährliche. Wir sehen ja zum Glück seit Jahren die Leitung unserer auswärtigen Politik in einer Hand, wo wir mit vollem Vertrauen folgen, auch da, wo es nicht möglich ist, uns alle einzelnen Gänge der Politik mitzutheilen. Hoffen wir, m. H., daß auch jetzt es der uneigennützigsten deutschen Politik und ihrem Einflusse gelingen wird, bei den weiteren Verhandlungen über die Lösung der orientalischen Frage den Frieden zu erhalten, ohne unsere Interessen zu gefährden. Gelingen wird es, wenn unsere Stimme sich erhebt, diese Stimme einer uneigennützig deutschen Politik für Aufrechterhaltung des Friedens, für eine dauernde, auch für die christliche Bevölkerung im Oriente erträgliche europäische Regelung der dortigen Zustände. (Allgemeiner Beifall.)

Fürst Bismarck: Ich bitte zuvörderst um Nachsicht, wenn ich nicht im Stande sein sollte, alles, was ich zu sagen habe, stehend zu sagen. Auf die Sache eingehend, kann ich nicht leugnen, daß ich beim ersten Anblick der Interpellation Zweifel gehabt habe, nicht ob ich sie überhaupt beantworten kann — denn die Fragestellung läßt mir ja auch die Freiheit, sie mit Nein zu beantworten — aber ob ich nicht dieses Nein würde sagen müssen, nicht, wie man gewöhnlich annimmt, weil ich besonders viel zu verschweigen hätte, durch dessen Offenbarung unsere Politik compromittirt und in unerwünschter Weise gebunden werden könnte, sondern umgekehrt, weil ich, um freiwillig das Wort zu einer Eröffnung gegenüber der Reichsvertretung zu nehmen, eigentlich nicht genug zu sagen habe, was nicht schon öffentlich bekannt wäre. Die Verhandlungen des englischen Parlamentes haben ja die Beantwortung des einen Theiles der Frage, nämlich, welches die politische Lage im Oriente augenblicklich sei, fast schon erschöpft. Wenn ich bei der Armuth, mit der ich vor Sie trete, doch nicht nein gesagt habe,

so ist es wegen der Befürchtung, daß man daraus schließen könnte, ich hätte viel zu verschweigen, und ein solcher Eindruck hat immer etwas Beunruhigendes, namentlich wenn sich Berechnungen daran knüpfen, dieses Schweigen auszuwerten, und deshalb spreche ich um so lieber ganz offen, als ich nach der Art, wie die Interpellation eingeleitet worden ist, den Eindruck bekommen habe, daß die deutsche Politik im Ganzen nichts weiter zu thun haben wird, als ihren bisherigen Gang unentwegt und unbeirrt fortzusetzen, um die Meinung der Majorität des Reichstages, soweit ich die eben gehörten Aeußerungen als Ausdruck derselben betrachten darf, auf meiner Seite zu haben. Was die jetzige Lage betrifft, so vermute ich allerdings, daß dasjenige, was ich Ihnen sagen kann, bekannt ist. Sie wissen aus den öffentlichen Blättern, besonders aus den englischen Parlamentsverhandlungen, daß vom Oriente augenblicklich man sagen kann: die Waffen ruhen, des Krieges Stürme schweigen; gebe Gott, auf lange Zeit.

Der Waffenstillstand giebt der russischen Armee eine zusammenhängende Stellung von der Donau bis zum Marmorameer, mit der Bosph. die ihr früher fehlte, nämlich den Donaufestungen, ein Moment, welches mir als das wichtigste bei dem ganzen Waffenstillstand erscheint, welches auch von keiner Seite Anfechtung erfahren hat; sie schließen von der russischen Besetzung aus, wenn ich von Norden anfangen, einen vierzigsten Abschnitt, der Barna und Schumla umfaßt, an der Küste des Schwarzen Meeres etwas nördlich von Vasilich bis südlich zur Bai von Burgas und in das Land hinein bis Rasgrad sich erstreckt; ferner ist ausgeschloffen Gallipoli und Konstantinopel, also diejenigen beiden Punkte, auf deren Freibleiben von der russischen Besetzung ein wesentlicher Werth von andern beteiligten Mächten gelegt worden ist. Gleichzeitige sind gewisse Friedenspräliminarien aufgestellt, die ich durchgehen will, um daran die Frage zu knüpfen, ob in einer derselben ein deutsches Interesse engagirt ist. Es handelt sich zunächst um die Constitution Bulgariens. Die Begrenzung desselben ist meines Erachtens nicht von der Erheblichkeit, daß darum der Friede Europas verständig Weise gestört werden könnte. Die ethnographische Karte ist lädenweise und nicht authentisch, das Beste, was wir darüber haben, ist von deutscher Hand geliefert, die Kieper'sche Karte. Da geht die Nationalgrenze der Bulgaren ziemlich unermittelt im Westen bis dicht über Saloniki herunter und im Osten mit zunehmender Richtung bis zum Schwarzen Meer, während die Confirrenzgrenze im Osten etwas nördlicher von der der Nationalität bleibt, aber im Westen mehr albanische Bezirke mit eingreift. Die Verfassung Bulgariens soll etwa eine ähnliche sein, wie die Serbiens vor der Räumung von Belgrad und anderen festen Punkten. (Der Reichskanzler verliest den französischen Text der Präliminardbestimmungen.) Alle diese Sachen berühren meiner Ueberzeugung nach das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darum unsere freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Grenznachbarn auf das Spiel setzen können. Die Bestimmungen über die Kriegskostenentschädigung sind offen gelassen; soweit dieselbe eine pecuniäre sein wird, wird sie Sache der beiden kriegführenden Mächte sein, soweit sie eine territoriale ist, werden die Contractanten des Pariser Friedens mit eingreifen müssen.

Es soll dann der Punkt der Durchfahrt durch die Dardanellen, über den meines Erachtens sehr viel mehr Sorge in der Welt verbreitet ist, als die Thatsachen rechtfertigen. Die Frage ist nur dann eine gewaltig wichtige, wenn es sich darum handelt, den Schlüssel zum Bosphorus, die Dardanellenstraße in andere Hände zu legen, wenn es sich darum handelt, ob Rußland die Dardanellen verschließen oder öffnen soll. Solche Bestimmungen werden sich nur auf die Zeit des Friedens beziehen können, und für den Fall des Krieges, also den wichtigsten, wird es immer darauf ankommen, ob der Inhaber des Schlüssels der Dardanellen im Bunde oder in der Abhängigkeit von den drinnen oder dranhin Wohnenden, von Rußland oder dessen Gegner ist. Es kann für die Anwohner des Mitteländischen Meeres von Interesse sein, daß die russische Flotte berechtigt ist, durch die Dardanellen zu fahren und sich dort zu zeigen. Wenn sie sich dort zeigt, so wird das ein Hinweis auf das Barometer des Krieges sein; man würde dann vermuthen können, daß vielleicht Wolken aufsteigen. Die Frage, ob im Kriege Kriegsschiffe durch die Dardanellen fahren können, ist ein ganz anderes Ding, als die Frage nach dem Besitz der Dardanellen. Aber die letztere Frage ist eine Conjectur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt, und über die ich mich nicht aussprechen will. Mir kommt es nur darauf an, ungefähr das Gewicht unserer Interessen zu bezeichnen, die nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges in Betracht kommen könnten; es kommt nur darauf an, zu präzisieren, daß die Friedensbestimmungen kaum wichtig sind; in Bezug auf unseren Handel ist es das hervorragende Moment, daß die Wasserstraßen, nämlich die Meerengen und die Donau vom Schwarzen Meere hinaus, frei bleiben. Das ist auch gar nicht in Frage gestellt; in einer amtlichen Mitteilung, die mir aus Petersburg vorliegt, wird einfach Bezug genommen auf die bestehenden Stipulationen des Pariser Friedens. Das Interesse, was wir an einer besseren Regierung der christlichen Nation, an einem Schutz derselben gegen die Gewaltherrschaft der Türken haben, ist das zweite, minder bedeutende Interesse Deutschlands.

Der Rest der Präliminard-Stipulationen hat für uns keine Wichtigkeit. Mit dieser Darlegung habe ich, so weit ich kann, den ersten Theil der Interpellation beantwortet und fürchte, daß ich wenig Neues gesagt habe. Der fernere Theil der Interpellation betrifft die Stellung, welche Deutschland zu diesen Verhältnissen genommen hat resp. nehmen wird. In Bezug auf die vorgenommene Stellung kann ich Ihnen im Augenblicke keine Mitteilung machen, denn wir sind amtlich erst seit so kurzer Zeit, buchstäblich erst seit heute Morgen im Besitz der Actenstücke, auf die ich Bezug genommen habe. (Hört!) Früher hatten wir nur vertrauliche Mitteilungen. Angesichts der wie ich hoffe, bevorstehenden Konferenz wäre es doch auch voreilig, einen Beschluß zu fassen, bevor man auf der Konferenz diese Mitteilungen als Material vorlegt. Die Aenderungen der Stipulationen von 1856 werden ja einer Sanction bedürfen; wenn auf der Konferenz Nichts zu Stande kommen sollte, so folgt daraus noch nicht notwendig, daß ein neuer Krieg entsteht; es würde dann, ich kann es fast so nennen, eine Verjüngung der Frage entstehen. Nehmen Sie an, daß auf einer Konferenz eine Einigung nicht erreicht würde, daß die Mächte, die vorzugsweise ein Interesse dabei hätten, den russischen Stipulationen zu widersprechen, sagen, es convenirt uns nicht, Krieg zu führen, einanderstehen sind wir aber auch nicht, wir behalten uns die Entscheidung vor. Das wäre eine Lage der Dinge, welche auch der russischen Politik nicht erwünscht wäre. Die russische Politik sagt, wir haben keine Neigung, uns alle 10 oder 20 Jahre einer türkischen Campagne auszusetzen, aber ebenso wenig haben wir die Neigung derselben, eine sich alle 10 oder 20 Jahre wiederholende österreichisch-englische Verwickelung zu substituieren. Es liegt im Interesse Rußlands und aller übrigen Mächte, zu einem Abschluß zu kommen und nicht die Sache unangemessen auf andere, vielleicht unglücklichere Zeiten zu vertragen. Es ist nicht unangenehm, daß Rußland geneigt sein sollte, die Anerkennung der von ihm festgestellten Bedingungen unter allen Umständen von den übrigen europäischen Mächten zu erzwingen. Wenn es die Zustimmung der anderen Mächte nicht erreichen könnte und sich an dem Sache beati possidentis genügen ließe, dann tritt die andere Frage ein, ob diejenigen, welche damit unzufrieden sind und wirklich materielle Interessen dort zu vertreten haben, bereit sind, den Krieg zu führen, um Rußland zu nöthigen, seine Bedingungen abzuschwächen und einen Theil davon aufzugeben auf die Gefahr hin, daß bei der Heimkehr der Truppen vielleicht das Gefühl übrig bleibt, was etwa Preußen im Jahre 1815 hatte, also eine zurückgetretene Empfindung, daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und nochmals versucht werden müßte.

Sollte es nicht gelingen, Rußland zurückzudrängen, dann hätten diejenigen, welche Rußland aus den bulgarischen Städten und aus seiner Konstantinopel bedrohenden Stellung entfernen wollen, auch die Aufgabe und die Verantwortung, darüber zu bestimmen, was aus diesen Ländern der europäischen Türkei nunmehr werden soll; ob sie bereit sind, ganz einfach die türkische Herrschaft wieder einzuführen; nach dem, was auf der Konferenz gesagt worden ist, halte ich das nicht für wahrscheinlich. Sie würden also eine Bestimmung treffen müssen, verschieden von dem jetzt vorgeschlagenen. Aber ich glaube nicht, daß die benachbarte Macht Oesterreich-Ungarn bereit wäre, die ganze russische Erbschaft und für die Zukunft dieser Länder die



Er befehlt uns damit, daß der Sultan bisher die Welt beherrscht hat.

Bisher hielt er ihn ganz unbestritten in Händen seit 400 und einigen Jahren, und ich habe wenigstens nie das Gefühl gehabt, daß wir in Preußen unter türkischer Welt Herrschaft gelebt hätten.

Ich weiß nicht, wo er den Verdachtsgrund hennimmt, wenn nicht aus seinem eigenen deutschfreundlichen Herzen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Obwohl meine Partei bisher wenig in den Debatten über auswärtige Politik eingegriffen hat, so haben wir doch diese Interpellation mitunterzeichnet.

Die christliche Bevölkerung der Türkei ist zwar auch sehr uncultivirt, jedoch kann man das mit der Jahrhunderte langen Unterdrückung, die sie erduldet, erklären.

Abg. v. Romierski: Die politische Nothlage der polnischen Nation zwingt uns, Stellung zu der orientalischen Frage zu nehmen.

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Der Vorredner hat recht die Weisheit der Zurückhaltung, welche die deutsche Politik beobachtet, bewiesen.

So gewöhnt sich Europa allmählig an die Freiheit, die unser Krieg mit Frankreich ihm errungen.

vollständig belehrt. Die christlichen Provinzen der Türkei waren kein Herd des Aufruhrs, sondern wurden von der russischen Regierung erst dazu gemacht.

Wie kann man hier von einer Vapierung der europäischen Diplomatie durch die Schlaubeit Gortschakoffs reden?

Fürst Bismarck konstatirt, daß die Ausführungen des Vorredners wiederholt bei den Mitgliedern der polnischen Fraction Zustimmung und Beifall gefunden haben.

Abg. v. Helldorf bezieht unter großer Unruhe des Hauses die Stellung der deutsch-conservativen Partei zu dieser Interpellation.

Berlin, 19. Febr. [Amtliches.] Dem königlichen Musik-Director Dr. Julius Schäfer am akademischen Institut für Kirchenmusik in Breslau ist das Prädicat „Professor“ verliehen worden.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 157. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

Table with 2 columns: Prize amount and Winning numbers. Includes entries like 71 80 158 74 201 322 (3000) 423 63 (1500) 570 72 706 19 45...

Table with 2 columns: Prize amount and Winning numbers. Includes entries like 409 87 95 97 510 68 81 634 722 45 68 81 828 65 918 61 74...

70,015 54 (1500) 77 168 84 214 (300) 282 459 629 53 (300) 62 851 (1500) 62 75 997 71,041 136 (300) 94 97 249 313 (300) 469...

Berlin, 19. Febr. Die Börse war, wie leicht erklärlich, heute in der größten Spannung bezüglich der Antwort auf die bekannte, im Reichstage eingebrachte Interpellation über die orientalische Angelegenheit.

Die Börse auf diesbezügliche Nachrichten warten, denn die ersten Mittheilungen, die auch nur den Werth eines auf die besprochenen konnten, trafen erst nach 2 Uhr ein.

Berlin, 19. Febr. Die Börse war, wie leicht erklärlich, heute in der größten Spannung bezüglich der Antwort auf die bekannte, im Reichstage eingebrachte Interpellation über die orientalische Angelegenheit.

